

Timeline¹

¹Diese Timeline wurde von mir im Zuge des Projektes „Blue Card for Keti“ erstellt und erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Sie begleitet Entwicklungen in der österreichischen Migrationspolitik, seit Keti's Ankunft in Österreich.

1980er: „Was für die Schweiz das Rote Kreuz ist, ist für Österreich das Asylrecht.“

Bruno Kreisky, Bundeskanzler (1970-83), Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Mitte der 1980er: „[...] Man müsse die Asylanten durch „freundliche Abschreckung“ davon abhalten, nach Österreich zu kommen.“ Karl Blecha, Innenminister (1983-89), SPÖ

1984: Gründung von Peregrina (Beratungs-, Therapie- und Bildungszentrum für Immigrantinnen Wien)

um 1985: „Die Situation für Flüchtlinge muß in Österreich so unerträglich werden, daß niemand mehr hierher kommt.“ Manfred Matzka, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, SPÖ

1985: Gründung des Vereins LEFÖ (Lateinamerikanische exilierte Frauen in Österreich) in Wien

9. November 1989: Fall der Berliner Mauer

10. November 1989: Putsch gegen das Zentralkomitee der kommunistischen Partei (ЦК на БКП) Bulgariens. Anfänge von „Demokratisierungs-“ und Transitionsprozessen

1989: Sichtvermerkplicht: Visumpflicht für bulgarische Staatsangehörige bei der Einreise nach Österreich.

1989: Gründung des Vereins Türkischer Frauen (heute: Orient Express) in Wien

1990: Änderungen im österreichischen Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG): Einführung der Arbeitserlaubnis, erleichterter Zugang zu und längere Laufzeit des Befreiungsscheins, Einführung von Bundes- und Landeshöchstzahlen für (Ausländer-)Beschäftigung.

1991: Beginn des Bürgerkrieges in Jugoslawien

1991: Auflösung des „Bundesdachverbandes der jugoslawischen Vereine“. An seine Stelle trat eine Vielzahl von kroatischen, bosnischen, serbischen und albanischen Vereinen.

1991: Einführung der "De facto Aktion" in Österreich, welche eine Art von Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) beinhaltet. "De facto Flüchtlingen" (aus Kroatien, Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo) wird in Österreich vorübergehend Aufenthalt gewährt. Anerkennung des Flüchtlingsstatus erfolgt auf individueller Ebene. Nach 1997 entfällt dieser Status für einen Großteil dieser Menschen und sie müssen (oftmals durch erzwungene Abschiebungen) das Land verlassen.

1992: In Österreich löst das neue Asyl-, Aufenthalts- und Fremdenengesetz das Fremdenpolizeigesetz aus dem Jahre 1954 ab. Beginn der so genannten „Löschnak Ära“ (Franz Löschnak war von 1989 bis 1995 sozialdemokratischer Innenminister Österreichs). Einführung der Drittstaatenklausel: Diese bestimmt, dass kein Asylrecht an Flüchtlinge aus so genannten „sicheren Drittstaaten“, also jenen, die die Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleisten, vergeben werden darf.

1992: Gründung des Wiener Integrationsfond, einer gemeinnützigen Nonprofit-Organisation der Stadt Wien zur „Förderung eines respektvollen, gleichberechtigten und offenen Zusammenlebens“.

1993: Aufenthaltsgesetz neu: Quotenregelung für Niederlassung und Aufenthalt zwecks „Regulierung des heimischen Arbeitsmarktes“. Das Aufenthaltsrecht ist unabhängig vom Arbeitsrecht geregelt.

Paragraf für die Fristenversäumnis: Dieser besagt dass, Personen, die den Verlängerungsantrag zu spät stellen – nicht später als 4 Wochen vor dem Ablauf des rechtmäßigen Aufenthaltes – ihr Aufenthaltsrecht verlieren.

Es folgt eine massive Illegalisierung von MigrantInnen, welche unter dem Stichwort „Gastarbeiter räumen“ bekannt wird. 1997 wird der betreffende Paragraf unter dem sozialdemokratischen Innenminister Caspar Einem (1995-1997) abgeschafft, 2009 unter Maria Fekter (Österreichische Volkspartei, ÖVP) wieder eingeführt.

Quotenregelungen für Selbständige. Aufenthalts- und Niederlassungsrecht für KünstlerInnen sind ohne (Beschäftigungs-)Bewilligung möglich „[...] sofern ihr Unterhalt durch ein Einkommen aus ihrer künstlerischen Tätigkeit gedeckt ist und keine andere Erwerbstätigkeit ausgeübt wird.“ 1997: Quotenregelungen (für KünstlerInnen) werden aufgehoben. 2006 wird

das Niederlassungsrecht für KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und MedienberichterstatteInnen abgeschafft.

1993: Das Fremdeninformationssystem (FIS) für die österreichische Asyl- und Fremdenstatistik wird eingeführt.

1993: „Lichtermeer“, die erste große österreichweite Demonstration gegen das „Anti-Ausländer Volksbegehren der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)“, findet statt. Das so genannte „Lichtermeer“ steht unter dem Motto „Anständigkeit zuerst“. ÖsterreicherInnen, die kurz zuvor das „Ausländervolksbegehren“ unterschrieben haben, marschieren nachher beim „Lichtermeer“ mit.

1993: Plakatkampagne der SPÖ „Gesetze statt Hetze“

1993: Nach zahlreichen Illegalisierungen langansässiger MigrantInnen kommt es zu Demonstration gegen das neue Fremdenpolizeigesetz.

1993: Gründung von Echo – Jugend-, Kultur- und Integrationsverein, einer unabhängigen Plattform zur Unterstützung von Jugendlichen der so genannten zweiten und dritten Generation in Wien.

1993: Die Einführung des passiven Wahlrechts von MigrantInnen für den Betriebsrat scheitert. Nach dem Arbeitserfassungsgesetz ist seit 1974 ein aktives Betriebswahlrecht möglich, die Kandidatur von MigrantInnen wird in der Praxis, unter anderem vom Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB), verwehrt.

1994: Das Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum (EWR) tritt in Kraft.

1994: Der Slogan „Integration vor Neuzuzug“ wird populär.

1994: Erstmals werden MigrantInnen in die Wiener Arbeiterkammer (AK) gewählt, sie kandidieren unter dem Namen Demokratie für Alle (DFA, heute: Bunte Demokratie für Alle). In Linz wird der AusländerInnenbeirat (Stadtrat zu Fragen der Integration) gewählt.

1994: Von Rechtsextremen werden Bombenattentate gegen die deutsch-slowenische Rennerschule und den slowenischen Wieser Verlag in Klagenfurt verübt.

1994: Brandanschlag auf ein Asylantenheim in Traunkirchen/Oberösterreich durch Rechtsextreme.

1995: Bombenattentat auf Roma in Oberwart/Burgenland. Eine Tafel mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien“ ist auf der Bombe montiert. Beim Versuch die Tafel zu entfernen, werden vier Roma getötet.

Bis ins Jahr 1996 kommt es zu mehreren Bombenattentaten gegen Personen (u.a. Prominente mit Migrationshintergrund) und Institutionen, die sich in Belangen der Menschenrechte und Migrationspolitik engagieren.

1995: Der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) fordert öffentlich den Rücktritt von Innenminister Franz Löschnak (SPÖ): „Sie sind für dieses Umfeld politisch mitverantwortlich. Sie sind verantwortlich für die ausländerInnenfeindlichen Fremdengesetze.“

1995: EU-Beitritt Österreichs

1995: Demonstration gegen die von der Wiener Vizebürgermeisterin Grete Laska (SPÖ) forcierte Einstellung des Projekts „Interkulturelle Lernbetreuung" (IKL) in Wien. Streichung der, seit 1988 kostenlos angebotenen, mehrsprachigen Nachmittagsbetreuung an 20 Wiener Schulen. Verlust der Arbeitsplätze von über 250 MitarbeiterInnen mit nicht-österreichischer StaatsbürgerInnenenschaft.

1995, 8. März: Internationaler Frauentag. Erstmals breite Thematisierung des Themas Frauenhandel (trafficking of women).

1995: Gründung der Frauenorganisation maiz – Integrationszentrum für Migrantinnen in Linz (heute: maiz – Autonomes Zentrum für Migrantinnen)

1996: Der Gerichtsbeschluss der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) im Fall „Gaygusuz gegen die Republik Österreich“ erreicht die Anerkennung des Assoziationsabkommens, welches seit 1963 zwischen der EU und der Türkei besteht, in Österreich. Österreich wird wegen der Nichtgewährung von Notstandshilfe für erwerbstätige MigrantInnen (ohne österreichischer StaatsbürgerInnenenschaft) verurteilt.

1996: Die erste Frau mit migrantischem Hintergrund – sie verfügt über eine österreichische StaatsbürgerInnenenschaft – wird in den Wiener Gemeinderat gewählt.

1996: Gründung von Pamoja - Bewegung der jungen afrikanischen Diaspora in Österreich

1996: So genannte „Kopftuchbescheide“ (keine Anpassung an mitteleuropäische Sitten, Gebräuche und Lebensweisen), „Kinderzimmerbescheide“ oder „Familienplanungsbescheide“ (derartig beengte Wohnverhältnisse, welche sich im Falle von Familienzuwachs noch weiter verschärfen würden), sowie Scheineheüberprüfungen der Magistratsabteilung 62 für Fremdenrecht Wien (MA 62) als Ablehnungsgrund betreffend Aufenthaltsrecht und Familienzusammenführung.

1996: Das Gay-Lesbian Netzwerk für Eheschließung bietet Unterstützung zwecks Legalisierung von MigrantInnen bei rechtlichen Fragen und auch betreffend Unterkunftsmöglichkeiten (mietfreie Wohnungen) an.

1996: Von serbischen MigrantInnen wird die Initiative „Schachspieler gegen Rassismus“ ins Leben gerufen.

1997: In Österreich tritt das Schengener Abkommen in Kraft. Die wichtigsten Punkte: Regelung der Kontrolle der Außengrenzen, Einführung einer gemeinsamen Visapolitik und die Einrichtung eines gemeinsamen Daten und Informationssystems. Österreich ist seit dem Jahr 1985 in die Ausarbeitung eingebunden.

1997: Neues Fremdenrecht. (FrG-Novelle 1996), welches zwischen Aufenthalt und Niederlassung unterscheidet. Erschwerte Aufenthaltsverfestigung. Erst nach acht Jahren Niederlassung kann Aufenthaltssicherheit gewährt werden. Nachzug von Kindern wird nur, wenn diese unter 14 Jahre alt sind gewährt. Das so genannte Integrationspaket wird eingeführt. Zum ersten Mal wird das Delikt „Scheinehe“ benannt. Strafbar ist die/der EhepartnerIn ohne österreichischen Pass. Das Fremdenrecht 2006 benennt die Scheinehe in „Aufhaltsehe“ um, diese wird als Delikt beider EhepartnerInnen definiert. Bei Verdacht sind BürgerInnen und BeamtenInnen dazu befähigt solche „Aufhaltsehen“ zu verhindern und die Polizei zu benachrichtigen.

1997: Jeden Freitag finden vor dem Innenministerium Demonstrationen gegen das „Integrationspaket“ und Rassismus statt.

1997: Gründung der Initiative „Kein Mensch ist illegal“ in Kassel/Deutschland

1997: MA 62 stellt Ablehnungen von Aufenthaltsbewilligungen mit der Begründung „zu hoher Grad der Überfremdung“ aus.

1997: Personenkomitee „Kommunalwahlrecht für Alle“ wird initiiert. Parallelwahlkampagne und weitere Aktionen für Wahlrecht von MigrantInnen im Zuge der Wiener Gemeinderatswahlen folgen.

1998: Neues Asylgesetz. Flüchtlingen, die aus so genannten „sicheren Drittstaaten“ eingereist sind, wird kein Asyl ausgestellt.

1998: EU-Präsidentschaft Österreichs und Ausarbeitung eines „Strategiepapiers zur Migrations- und Asylpolitik auf gemeinsamer europäischer Ebene“ durch das Bundesministerium für Inneres (BMI).

1999: Nationalratswahl und Regierungsbildung unter Beteiligung der rechtsradikalen FPÖ. Beginn der „Ära Schwarz-Blau“.

1999: Im Zuge einer Abschiebung durch österreichische Polizisten wird dem nigerianischen Schubhäftling Marcus Omofuma während des Fluges nach Sofia der Mund verklebt. In der Folge erstickt Marcus Omofuma.

1999: Demonstration „Stoppt den rassistischen Polizeiterror“ (anlässlich des Mordes an Omofuma) wird als „community campaigning“ von afrikanischen Communities in Wien initiiert.

1999: Bestellung und Gründung des Menschenrechtsbeirates, einem Beratungs- und Kontrollgremium des Innenministeriums, mit ehrenamtlichen Mitgliedern aus NGOs, VertreterInnen des Bundesministerium für Inneres, des Justizministeriums und des Bundeskanzleramtes. Der Innenminister ernennt alle Mitglieder und hat das Recht diese jederzeit abzu berufen.

1999: Der größte Lauschangriff (Überwachungsmaßnahme) in der Zweiten Republik, bekannt geworden unter dem Namen „operation spring“, gegen AfrikanerInnen in Österreich findet statt. Hunderte AfrikanerInnen werden abgehört, verhaftet und wegen angeblicher Drogendelikte verurteilt. Die Gerichtsprozesse dauern bis in das Jahr 2007. Es werden Verhörmethoden angewandt, die demokratiepolitisch höchst umstritten sind.

1999: Erste Charterdeportation in Österreich. Seit 2008 werden von Wien aus EU-Sammeldeportationen, unter der Leitung der EU-Grenzagentur FRONTEX (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen), durchgeführt.

1999: Erste Anmietung von privaten Wohnungen für obdachlose Flüchtlinge durch die Leiterin des (Flüchtlings-)Heimes Zohmannngasse Ute Bock. 2002 Gründung des Verein Flüchtlingsprojekt Ute Bock – Wohnungs-, Beratungs- und Bildungsstelle für Flüchtlinge. Diverse Spendenaktionen für die Erhaltung des Vereins folgen.

1999: Gründung des Austrian Network Against Racism (ANAR) als Teil des European Network Against Racism (ENARA).

1999: Die MA 20 für fremdenrechtliche Angelegenheiten übernimmt die fremdenpolizeilichen Agenden der MA 62.

1999: Eröffnung des ersten islamischen Gymnasiums in Wien, finanziert vom Verein SOLMIT und dem Bund. Der Schuldirektor und alle weiteren Lehrkräfte sind MehrheitsösterreicherInnen. Die Koransprache Arabisch wird nachmittags als Freifach angeboten.

1999: Türkischen MigrantInnen, die auf einer gemeinsamen Liste für die Arbeiterkammerwahlen kandidieren, wird das passive Wahlrecht verweigert. Erst drei Jahre später bekommen sie Recht zu gesprochen. Eine andere Liste von eingebürgerten TürkInnen in Wien (Neue Bewegung für die Zukunft, NBZ) erringt 5 Mandate.

1999: Die erste Wiener Integrationskonferenz findet statt. Sie wird von der Stadträtin Renate Brauner (SPÖ) und dem Wiener Integrationsfond, einer Organisation „die alle Vereine, Gruppen und Initiativen von MigrantInnen zusammen bringt, die sich mit Integration in Wien beschäftigen“, initiiert.

2000: Jeden Donnerstag finden Demonstrationen gegen die rechtskonservative österreichische Regierung statt. Gründung von zahlreichen Organisationen und Initiierung von Kampagnen gegen „Schwarz-Blau“.

u.a Wiener Wahlpartie (WWP), Get to attack, demokratische Offensive, Volkstanz, Botschaft der besorgten BürgerInnen, Volxtheaterkarawane

2000: Gründung der Initiative „TschuschInnenpower“ in Wien

2000: Erstellung erster EU-Richtlinien gegen Diskriminierung (u.a am Arbeitsmarkt), die bis 2004 vom nationalen Recht umgesetzt werden sollen.

2001: Mehrere MigrantInnen werden in Wien und Dornbirn/Vorarlberg zu BezirksrätInnen gewählt. Erstmals wird eine Migrantin Stadträtin.

2001: Neues Fremdenrechtsgesetz (AsIBG Novelle). Zum ersten Mal wird der Nachweis eines (aktuellen) Gesundheitszeugnisses, sowie der „Integrationsvereinbarung“, verlangt. Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht werden durch neue Kategorien geregelt: Schlüsselkräfte (Hochqualifizierte), PendlerInnen und Saisoniers. Erlass für selbstständige ShowtänzerInnen und SexarbeiterInnen. Aufenthaltsbewilligung für befristete und an die Beschäftigung gebundene Tätigkeiten .

2001: Die (arbeitsmarktpolitischen) „Ausländerberatungsstellen“ müssen wegen der Einstellung der Finanzierung durch das Arbeitsmarktservice (AMS) bzw. die Sozialpartner geschlossen werden.

2001: Einführung des Schengener Informationssystems (SIS I). Hauptzweck ist die Ermöglichung der Kontrolle der Ein- und Ausreisen von Nicht-EU-BürgerInnen durch einen Zentralcomputer in Straßburg. Ab 2009 Ausbau auf SIS II zum Austausch biometrischer Daten (Fingerabdrücke und Passbilder).

2002: Einrichtung des zentralen Melderegisters (ZMR). Daten von „Fremden“ aus unterschiedlichen Meldeämtern können nun zusammen geführt werden.

2002: Im Fall Marcus Omofuma werden die Polizisten „wegen fahrlässiger Tötung unter besonders gefährlichen Umständen“ zu acht Monaten Haft und drei Jahren bedingt verurteilt.

2002: In einem Vorarlberger Betrieb wird 4 türkischen ArbeiterInnen das aktive Wahlrecht zum Betriebsrat verweigert, der ÖGB unterstützt diese Haltung. Dennoch erringt ihre Liste 5 der 15 Mandate; das Gericht gibt den ArbeiterInnen schließlich recht.

2002: Das von der Landesregierung Vorarlberg finanzierte Projekt „okay - zusammen leben“ für die politische und soziale Integration von MigrantInnen startet.

2002: Ein neues Universitätsgesetz tritt in Kraft. Studiengebühren werden eingeführt, Studierende aus Nicht-EU Staaten zahlen doppelt. Erhöhung der Summe für den „Nachweis über die Finanzierung des Lebensunterhaltes“ (Grundlage für die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung) auf mindestens EUR 7.000 pro Jahr.

2003: Das EURODAC Abkommen tritt in Kraft. EURODAC ist eine Datenbank zur EU-weiten Speicherung und Abfrage von Daten von AsylwerberInnen, die über 14 Jahre alt sind (u.a. Fingerabdrücke).

2003: Neue Novelle zum Asylgesetz: „Ist der Asylwerber im Land, wird er zu einer Erstaufnahmestelle gebracht, bei der binnen 72 Stunden eine Ersteinvernahme gemacht wird. Innerhalb von 20 Tagen entscheidet die erste Instanz, ob der Flüchtling Chancen auf Asyl hat oder nicht. Bei ersterer Beurteilung kommt er in Bundesbetreuung, bei zweiterer wird er abgeschoben. Damit soll es zu einer wesentlichen Beschleunigung der Verfahren kommen.“
Ausweitung der Liste der „sicheren Drittstaaten“

Neues Ausländerbeschäftigungsgesetz (AslBG): Einführung der neuen „Integrationsvereinbarung“. MigrantInnen, die sich weniger als 5 Jahr im Land aufhalten, sollen Deutschkurse besuchen oder ausreichende Deutschkenntnisse vorweisen.

2003: Der mauretanische Staatsbürger Seibane Wague stirbt während einer polizeilichen Amtshandlung. Polizisten, Sanitäter und der Notarzt stellen sich auf seinen Körper, um sein angeblich aggressives Verhalten zu verhindern.

2003: Gründung des Vereins Menschenrechte Österreich, einer BMI und regierungsnahen NGO, in Wien, welche für „Schubhaftbetreuung und freiwillige Rückkehr“ zuständig ist.

2003: Start des EU-Programms Equal - gegen Diskriminierung am Arbeitsmarkt des Europäischen Sozialfonds (ESF). In diversen Forschungsprojekten werden Kampagnen, Archive und Datenbanken, Leitfäden und andere Materialien gegen Rassismus und

Diskriminierung am Arbeitsmarkt und im Bildungs- und Kulturbereich Österreichs (und der EU) ausarbeitet. 2007 wird Equal beendet und im Programm „Dienste von Wachstum und Beschäftigung“ fortgeführt.

2003: Ausarbeitung der ersten antidiskriminatorischen Betriebsvereinbarung von MitarbeiterInnen des Vereins Initiative Minderheiten.

2003: Wahlrecht für „ZuwandererInnen“ auf Bezirksebene in Wien. Dieses wird 2004 vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben, weil die Garantie des Wahlrechts gegen das „demokratische Grundprinzip“ verstößt.

2003: Gründung des Community-TV Okto. Hier gibt es u.a. die ersten (mehrsprachigen) TV-Sendungen von und für MigrantInnen. 1994 haben RadiopiratInneninitiativen wesentlich dazu beigetragen, dass das Rundfunkmonopol des Österreichischen Rundfunks (ORF) fiel. In den darauf folgenden Jahren werden österreichweit Freie Radios gegründet (Radio ORANGE 94.0, Radio Helsinki etc.), die MigrantInnen und anderen sozialen Gruppen Räume für (auch mehrsprachige) Sendungsgestaltung bieten.

2004: EU-Erweiterung um voraussichtlich zehn Staaten

2004: Gründung der EU-Grenzagentur FRONTEX für den Schutz der EU-Außengrenzen, sowie zur Durchführung von (EU-weiten) Rückführungsaktionen.

2004: Die auf EU-Ebene initiierte antidiskriminatorische Richtlinie wird auch in Österreich implementiert. Einführung des Bundesgesetzes für Gleichbehandlung

2004: Zahlreiche Demonstrationen und Aktionen folgen dem Mord an Seibane Wague. Unter dem Motto „Resistance for Peace“ kommt es zu jährlichen Gedenktagen.

Gründung der Plattform Gerechtigkeit für Seibane und dem Menschenrechtskomitee – Cheibani.

2004: Einstellung der Subventionen des Vereins Echo – Jugend-, Kultur- und Integrationsverein mit der Forderung nach einer „neuen Ausrichtung“ der Vereinstätigkeit, welche in Zukunft von der Stadt Wien vorgegeben werden soll.

2004: Wiener Integrationsfond wird zur MA 17.

2004: In Wien wird der erste islamische Friedhof Österreichs errichtet.

2004: Gründung von ViennaMix – Verein für Les/Bi/Schwule und Transgender MigrantInnen. MiGay, die erste Zeitschrift für homosexuelle MigrantInnen, erscheint im Jahr 2009.

2005: Gründung von M-Media, dem ersten Verein zur Förderung der kulturellen Vielfalt innerhalb der österreichischen Medien und Medieninstitutionen. Veranstalter von jährlichen Messen über Medien von MigrantInnen in Österreich.

2006: Neues Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG). Restriktive Bedingungen für (binationale) Eheschließungen mit BürgerInnen aus nicht EU/EWR-Staaten. Ab jetzt gilt für KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und MedienberichtersteratterInnen nur noch Aufenthalts- ohne Niederlassungsrecht. Visa C + D werden für maximal 6 Monate nur noch an "Neue Selbständige" zur Ausübung einer vorübergehenden selbstständigen oder unselbstständigen Tätigkeit bzw. zur Beschäftigung als Saisonier (u.a in der Sexarbeit) vergeben. Verschärfung der so genannten Integrationsvereinbarung durch verpflichtende Deutsch- und Integrationskurse.

2006: Dublin II Vertrag der EU. Asylanträge sind nur mehr in einem EU-Land möglich. Verhaftungen und Rückführungen von AsylwerberInnen, die unter Verdacht stehen, dass ein anderes EU-Land als Österreich für ihren Asylantrag zuständig ist. Strafmaßnahmen für UnterstützerInnen von Menschen ohne Aufenthalt.

2006: Restriktive neue Regelungen im Staatsbürgerschaftsgesetz

2006: Gründung der Initiative Ehe ohne Grenzen – EOG durch binationale Ehepaare, bei denen ein/e EhepartnerIn nicht aus einem EU/EWR-Land kommt und die daher vom NAG (in der Folge Nichterteilung des Aufenthaltsrechts und Abschiebung) betroffen sind. Zahlreiche Solidaritätsaktionen folgen.

2006: Initiative der Recherchegruppe für Schwarze österreichische Geschichte und Gegenwart, mehrheitlich bestehend aus AktivistInnen des Vereins Pamoja – Bewegung der jungen afrikanischen Diaspora in Österreich. Diverse Aktionen u.a Decolonializing Vienna-Tour ab 2007.

2006: „Forum der ROMA“, ein Vernetzungs- und Kulturtag zahlreicher Roma-Organisationen aus Wien, findet anlässlich des Welttages der Roma am 8. April statt. Gründung von des Bildungsprojektes Thara Haus für Roma-Jugendliche in Wien (im Rahmen des Equal-Programms).

2006: Diverse Protestaktionen gegen das NAG von NGOs, anderen AktivistInnen und den Grünen, u.a. „Rassismus streichen“, „Sprengt das Fremdenrechtspaket“.

2006: Streichung der Fördergelder des Vereins Asyl in Not, laufend auch von anderen NGOs, die Beratungs- und Kulturarbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen leisten.

2006: Öffnung des Zugangs zu Gemeindewohnungen in Wien, unabhängig von der österreichischen StaatsbürgerInnenschaft. Dieser Umstand ergibt sich aus EU-Vorschriften, die im nationalen Recht verankert und umgesetzt werden müssen.

2006: Nach einem verhinderten Abschiebeversuch (Widerstand des Piloten) wird der Schubhäftling Bakary J. von vier Polizisten, in einer Lagerhalle in der Nähe des Flughafens Wien Schwechat, schwer misshandelt.

2007: Initiiert von mehreren migrantischen Selbstorganisationen, NGOs und solidarischen BürgerInnen finden, als Reaktion auf die versuchte Abschiebung der 15-jährigen Arigona Zogaj und weiteren Mitgliedern ihrer Familie, österreichweit Demonstrationen unter dem Motto „Arigona bleibt!“ und „Wir sind alle Arigona!“ statt. Arigona selbst ist in Österreich aufgewachsen und aufgrund des Abschiebebescheids untergetaucht.

2007: Kampagnen und Demonstrationen unter dem Motto „SexarbeiterInnen haben Lust auf ihre Rechte“ von LEFÖ und maiz, welche 2008/09 in ganz Österreich fortgesetzt werden. Im Zuge der Kampagnen kommt es zu weltweiter Vernetzung und internationaler Unterstützung.

2007: Der Verein AFRA - International Center for Black Women's Perspectives (Wien) veranstaltet den ersten Kongress Schwarzer europäischer Frauen (Black European Women's Congress).

2008: Brandanschlag auf ein Asylheim in Kärnten während der Fußball-EM. Folge: ein Todesopfer und mehrere Verletzte. Ermittlungen der Polizei, welche ohne tatsächliche Untersuchung durchgeführt werden, ergeben als Brandursache „Entzündung durch offene Flammeneinwirkung“.

2008: Streichung der gesamten Subvention für die Integrationskonferenz – Vernetzungsbüro (WIK) durch die MA 17. Als Folge kommt es zur Schließung der Integrationskonferenz.

2008: Bleiberechtskampagnen und Demonstrationen: u.a. „Fensterpolitik“

2008: Erstmals wird der MIA-Award, für besondere Leistungen von in Österreich lebenden Frauen mit Migrationshintergrund, vergeben. Eine nominierte Kandidatin lehnt im Rahmen eines öffentlichen Statements den Award aus Protest gegen die restriktive Migrationspolitik Österreichs ab.

2008: Gründung der MigrantInnenpartei Liste Niederösterreich (LNÖ), während der Landtagswahl in Niederösterreich. Auch in Vorarlberg wird eine MigrantInnenpartei gegründet.

2009: Neue Fremdenrechts- bzw. Asylnovelle, die so genannte „Bleiberechtsnovelle“ (gilt nur für nicht-abbschiebbare Flüchtlinge). Ausstellung von „Karten für Geduldete“ oder „Identitätskarten für Fremde“. Es besteht die Möglichkeit auf Beschäftigungsbewilligung, jedoch ist die „Duldungskarte“ keine Garantie für einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel, da es Möglichkeiten der Aberkennung des Flüchtlingsstatus gibt.

Ausweitung der Schubhaftgründe: Gebietsbeschränkung, Straffälligkeit für Offizialdelikte (Diebstahl etc.), für die so genannten Dublin-Fälle. Folgeanträge und (Folge-)Einsprüche dürfen nicht später als sieben Tage nach Bescheid gestellt werden. Die Grundversorgung von AsylwerberInnen steht von nun an ausschließlich unter der Kontrolle des BMI. Ressourcen der unabhängigen Rechtsberatungen werden von staatlicher Seite her nach und nach eingefroren.

Einführung von radiologischen Untersuchungen und DNA-Analysen zur Schätzung des Alters bei minderjährigen AsylwerberInnen.

2009: Diverse Demonstrationen gegen die Fremdenrechtsnovelle. 10 Jahre nach dem Tod Marcus Omofumas kommt es zu Großdemonstrationen in Wien.

2009: Mike Brennan, ein afro-amerikanischer Lehrer an der Vienna International School, wird von Polizisten niedergeschlagen und erleidet in Folge schwere Körpverletzungen. Die Ermittlung ergibt, dass es sich um eine „Verwechslung“ gehandelt habe. Mehrere, auch mediale, Protestaktionen folgen.

2009: Tod des Flüchtlings Gaganpreet Singh K. durch Hungerstreik in der Schubhaft. Einen Tag zuvor wurde er vom Amtsarzt auf „Haftfähigkeit“ attestiert und als „nicht gefährdet“ eingestuft. Es folgen Spontandemonstrationen und Proteste.

2009: Einstellen der Fördergelder für das Kompetenzzentrum Familienzusammenführung/Elongó des österreichischen Roten Kreuzes durch den europäischen Flüchtlingsfond und das BMI.

2009: Das EU-Stockholmer Programm für ein gemeinsames europäisches Überwachungs- und Sicherheitssystem, ID-Ausweise, Internet- und Grenzüberwachung, den Übergang zu biometrischen Daten und Profilerstellungen zur Risikoeinschätzung wird beschlossen. Dieses Programm wurde in Anlehnung an das Modell des Hague-Programms (2004-2009) konzipiert.

2010: Nivellierung des Asyl-, Fremdenpolizei-, Grundversorgungs-, Staatsbürgerschafts- und des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes. Ausweitung der Asylaberkennungsgründe bei Straffälligkeit (z.B. Verwaltungsstrafen). Aufhebung des Abschiebeschutzes nach einem Folgeantrag, Gebietsbeschränkungen bzw. Meldepflichten für Asylsuchende. Einschränkung

des Rechtsschutzes und des Zugangs zu Beratung für Asylsuchende. Verkürzte Fristen für Folgeantrag und Berufung. Strengere Voraussetzungen zur Erteilung von Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht, sowie der StaatsbürgerInnenschaft. Die Altersgrenze für EhepartnerInnen, im Falle von Familiennachzug, wird mit 21 Jahren festgesetzt. Die Daueraufenthaltskarte für Familienangehörige ist nur noch auf fünf Jahre beschränkt vergebbar. Eine neue Regelung für Fristenversäumnis wird eingeführt.

2010: Mehrere Proteste und Versuche der Verhinderung von Abschiebungen durch die Zivilbevölkerung (AktivistInnen, Bekannte, Nachbarn, Pfarrer, BürgermeisterInnen) in diversen Gemeinden (z.B. Röthis/Vorarlberg)
